

II-850 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 501 J

1987-06-01

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. DILLERSBERGER, HINTERMAYER, DR. OFNER, DR. STIX an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend ÖMV AG als Verursacher von Umweltproblemen - Folgen für Wasserkraftprojekte; gewerberechtliche Maßnahmen

In seiner Ausgabe vom 4. Mai 1987 widmet "Der Spiegel" den österreichischen Staatsbetrieben einen mehrseitigen Artikel. Ein eigener Abschnitt befaßt sich mit den unbewältigten Umweltproblemen.

Darin heißt es: "Die größte Umweltbombe der Verstaatlichten tickt aber im Süden Wiens, bei der ÖMV in Schwechat. Dort ist der Untergrund des Raffineriegeländes durch undichte Rohrleitungen und leckere Tanks auf weite Strecken mit Öl verseucht. Die ÖMV vermutet, daß bislang Öl im Wert von 100 Mio S versickert ist. 'Die Öllinsen', so ein interner Bericht, 'wandern mit dem Grundwasserstrom'. Gelangen sie bis in die Donau, droht dem Fluß das Schicksal des Rheins."

Und weiter schreibt "Der Spiegel": "Bedrohlich für die ÖMV-Manager sind die Pläne der staatlichen Elektrizitätsgesellschaften, die zwischen Wien und Preßburg eine Reihe von Wasserkraftwerken bauen wollen. Jede Staustufe würde die Grundwasserverhältnisse weitgehend verändern - das Öl unter der ÖMV könnte dann plötzlich in den Stauseen rund um Hainburg auftauchen." - mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung, aber auch für die Tier- und Pflanzenwelt und die Landwirtschaft in diesen Gebieten. Sollten diese Meldungen stimmen, wäre ein geradezu unfaßbarer Umwelt- und Wirtschaftsskandal aufgedeckt worden. Die ÖMV hat bisher lediglich durch einen Sprecher mitgeteilt, daß "von einer Umweltbombe keine Rede sein könne" und daß Probebohrungen ergeben hätten, "daß das Öl stationär sei", was dem angeblich existierenden internen Bericht widersprechen würde. Der Existenz der unterirdischen Öllinsen wird also nicht widersprochen. Da die ÖMV nicht zum typischen Verlustbereich der österreichischen Staatsbetriebe gehört, wäre eine rechtzeitige Reparatur dieser Leitungs- und Tankschäden auf eigene Kosten durchaus möglich gewesen, zumal diesen Maßnahmen

Millionenwerte an nicht mehr versickerndem Öl gegenüberstünden. Ob die ÖMV die zuständige Gewerbebehörde und die Projektbetreiber der in Frage kommenden Wasserkraftwerke über den Umstand der Grundwasser-verseuchung durch mangelhafte Betriebsanlagen informiert hat, wäre für die Anfragesteller von großem Interesse. Der Informationsstand des für die Sicherheit von Betriebsanlagen zuständigen Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Lecks und ihre Folgen erscheint höchst aufklärungsbedürftig, ebenso die von ihm und dem Unternehmen gesetzten Maßnahmen zur Vermeidung weiterer negativer Folgen des Grundwasserskandals im In- und Ausland.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

1. Entspricht der im "Spiegel" dargestellte Sachverhalt den Tatsachen?
2. Seit wann liegt Ihrem Ressort der interne ÖMV-Bericht vor?
3. Was sagt dieser Bericht aus
 - a) über Menge und Wert des versickerten Öls,
 - b) Menge und Wert sonstiger versickelter Substanzen,
 - c) bisherige und für eine Totalsanierung notwendige Reparaturkosten,
 - d) Folgekosten aus Schadenersatzforderungen u.ä.?
4. Wann wurde die Gewerbebehörde hinsichtlich der gravierenden Mängel bei den ÖMV-Betriebsanlagen tätig?
5. Welche Mängel wurden amtlicherseits festgestellt?
6. Welche Maßnahmen setzte die Gewerbebehörde hinsichtlich der zutage getretenen Mängel?
7. Verfügt Ihr Ressort über Untersuchungen, welche Auswirkungen sogenannte "Öllinsen" auf
 - a) die Wasserkraftprojekte östlich von Wien,
 - b) das Grundwasser östlich von Wien,
 - c) das Oberflächenwasser östlich von Wienhaben können?
8. Wie viele Gespräche über diesen Problemkreis haben Sie
 - a) mit Vertretern der ÖMV AG,
 - b) mit Vertretern der Betreiber von Donaukraftwerksprojekten,
 - c) mit sonstigen Betroffenen (Anrainergemeinden, Anrainerbetriebe, Gewerbebehörde, Wasserrechtsbehörde, sonstige Behörden,)geführt? Was war das Ergebnis dieser Gespräche?
9. Mit welchen Ihrer Ressortkollegen haben Sie diesen Problemkreis bereits beraten? Was war das Ergebnis dieser Beratungen?